

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 8 (1916)
Heft: 1

Artikel: Das Wirtschaftsjahr 1905
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350537>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliche Rundschau

~~~~~ für die Schweiz ~~~~~

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 3 Fr.  
Für das Ausland Portozuschlag  
Postabonnement 20 Cts. mehr

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 6, Bern  
Telephon 3168 ○○○○○○○○○○○○ Postscheckkonto N° III 1366  
◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆ Erscheint monatlich ◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

○ Druck und Administration: ○  
Unionsdruckerei Bern  
○○○○ Kapellenstrasse 6 ○○○○

## INHALT:

|                                                         | Seite |                                                                            |    |
|---------------------------------------------------------|-------|----------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Das Wirtschaftsjahr 1915                             | 1     | 5. Die Anwendung des eidgenössischen Fabrikgesetzes während der Kriegszeit | 9  |
| 2. Das Problem des Arbeitermangels in der Schweiz       | 3     | 6. Krieg und Bevölkerungspolitik                                           | 10 |
| 3. Notwendigkeit erneuter Massnahmen gegen die Teuerung | 5     | 7. Maschinenarbeit                                                         | 12 |
| 4. Trübe Perspektiven                                   | 7     | 8. Internationale Gewerkschaftsbewegung                                    | 13 |
|                                                         |       | 9. Statistische Notizen                                                    | 15 |

## Das Wirtschaftsjahr 1915.

Verliefen noch sieben Monate des Jahres 1914 im Frieden, so stand das ganze Jahr 1915 unter dem Zeichen des Weltkrieges. Hatte sich der Krieg in den letzten fünf Monaten des Jahres 1914 bloss durch seine negative Wirkung auf die Volkswirtschaft ausgezeichnet, so vermochten es die Unternehmer im verflossenen Jahr, sich teilweise den neu geschaffenen Verhältnissen anzupassen und nicht geringen Gewinn aus der Kriegskonjunktur zu ziehen. Das Jahr 1915 war ein Jahr ausgesprochener *Kriegskonjunktur*.

Seit dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg ist der Ring der Staaten, die am Kriege beteiligt sind, um die Schweiz herum geschlossen. Die Schweiz ist einer Insel gleich, um die die Wogen eines brausenden Weltmeeres hoch gehen und stets drohen, sie zu überfluten. Vielleicht inniger als die meisten anderen Kulturstaaten ist die Schweiz mit dem Weltmarkt verknüpft. Hat doch die Schweiz 1912 einen Aussenhandel von 700 Franken pro Kopf der Bevölkerung gegen einen Handel von bloss 326 Mark pro Kopf in Deutschland und einen solchen von 604 Mark in England. Es ist darum ganz natürlich, dass eine Störung im Weltverkehr für die Schweiz unheilbare Folgen mit sich bringen könnte.

Die grösste Gefahr lag zunächst auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. Die Vorräte waren nicht gross, und die private Spekulation konnte leicht, die Not ausnützend, einen künstlichen Hunger schaffen. Darum war die Monopolisierung der Einfuhr von Getreide und Mehlprodukten, die seit dem 9. Januar 1915 in Kraft ist, eine durchaus vernünftige Massnahme, und wenn die Schweiz trotz allen ungünstigen Momenten, wie insbesondere die sehr erschwerte und verteuerte Zufuhr, mit Brot relativ gut versorgt ist, so ist dies einzig und allein dieser

staatlichen Massnahme zuzuschreiben. Nie hätte der private Unternehmer Ähnliches leisten können. Nie würde eine auf Gewinn abzielende private Spekulation es unterlassen, die «Konjunktur» auszunutzen, den Konsumenten jetzt horrende Preise vorzuschreiben. Ueberall in der Welt, wo der private Handel nicht reguliert worden ist, sind die Preise noch stärker als in der Schweiz gestiegen; so hat sich in England der Lebensmittelaufwand einer Arbeiterfamilie um 40 %, in der Schweiz aber um 26 % erhöht (jetzt um 30 bis 35 % Red.).

Auch die Rohstoffpreise sind stärker im Preise gestiegen als die Nahrungsmittelpreise. Nachdem die Zufuhr auch über Italien gesperrt wurde, machte sich rasch ein Mangel an Rohstoffen fühlbar. Nach langen und schwierigen Verhandlungen wurde schliesslich ein Einfuhrtrust gegründet (Société Suisse de Surveillance Economique — «S.S.S.»), der die Einfuhr aus den Ländern des Vierverbandes sowie die überseeische Einfuhr kontrolliert, während die «Deutsche Treuhandstelle für Einfuhr deutscher Waren in die Schweiz» die Einfuhr aus den Zentralmächten und über letztere überwacht. Diese Organisationen sind private Unternehmungen, unterstehen aber der staatlichen Aufsicht. Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese Organisationen, aus bestimmten anormalen Verhältnissen entstanden, auf die weitere Entwicklung des schweizerischen Aussenhandels stark einwirken werden. Es wird sich bald ergeben, dass ein gemeinsames Vorgehen vorteilhaft ist, und man wird infolgedessen bestrebt sein, die entstandenen zentralisierten Organisationen in dieser oder anderer Form zu erhalten. Auf jeden Fall ist es vorläufig gelungen, die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung einigermassen zu überwinden. Natürlich könnte eine staatliche Organisation die notwendigen Rohstoffe viel vorteilhafter anschaffen. Die Unternehmer müssen jetzt gewaltig gestiegene Roh-



stoffpreise zahlen. Allein sie haben die Fabrikatpreise noch höher hinaufgetrieben.

So sind die Rohstoffpreise um etwa 45 % gestiegen; die Zürcher und Basler Seidenfärbereien fordern aber vom 1. Februar ab einen neuen Preiszuschlag, so dass der Gesamtteuerungszuschlag für *schwarze* Sorten 60—70 % und für farbige und Kunstseide 40 % beträgt. Die Unternehmer halten sich schadlos. Das zeigt übrigens auch, dass genügend Nachfrage nach Seidenwaren besteht.

Die Volkswirtschaftslehre hinkt den Tatsachen nach. Dafür beeilen sich gewisse «Volkswirte», die einzelnen Tatsachen zu verallgemeinern, und sind so leicht bei der Hand mit ihren «Theorien». Der Krieg brachte zunächst einen starken Rückschlag gerade der sogenannten «Luxusindustrie», und man beeilte sich schon, den Unternehmern eine Neuorientierung der Produktion zu empfehlen, weil der Krieg die Luxusindustrie auf die Dauer lahmlegen müsse. Demgegenüber wussten wir, dass der Krieg zwar den Lohn drückt, den Profit aber steigert und folglich die Nachfrage nach Bedarfsgegenständen der Unternehmer eher steigern wird. So ist es in der Tat auch eingetreten. Mag sein, dass der schweizerischen Seidenindustrie speziell der Umstand zugute kommt, dass die Konkurrenz der deutschen und italienischen Industrie zum grossen Teil ausgeschaltet ist. Die Tatsache aber, dass die Rohstoffpreise auch auf dem Weltmarkte stark angezogen haben, zeigt, dass überhaupt Nachfrage nach Seidenwaren besteht. Ja, in den letzten Monaten des verflossenen Jahres konnte man direkt von einer «*Seidenhausse*» sprechen, und das nach 1½ Kriegsjahren!

Auch die übrigen Industriezweige sehen auf ein ziemlich lebhaftes Geschäft zurück. So wurden beispielsweise in den ersten neun Monaten des Jahres 1915 498,290 Zentner Baumwolle eingeführt gegen bloss 169,634 Zentner zur gleichen Zeit 1913. Trotzdem bestand in den letzten Monaten grosser Mangel an Baumwolle. Es lässt sich nicht feststellen, ob die eingeführte Baumwolle ganz im Lande verblieb; möglich ist es aber, weil die Zufuhr von Baumwollerzeugnissen aus den kriegführenden Ländern stark unterbunden war.

Ueberhaupt macht sich die schweizerische Industrie den Umstand zunutze, dass die auswärtige Konkurrenz nachgelassen hat. Insbesondere arbeitet die Schuhindustrie mit Volldampf.

Es ist darum in einigen Kreisen der Wunsch nach Isolierung vom Weltverkehr erwacht. Ach, wenn man nur die böse auswärtige Konkurrenz nicht zu fürchten hätte, wie gut könnte man den Konsumenten brandschatzen!... Es ist eine Illusion, die jetzt, wie viele andere, wie Pilze aus

der Erde so reichlich sprosst. Wir haben gesehen, dass die Schweiz mit dem Weltverkehr enger verbunden ist als selbst England. Mögen sich die Schuhfabrikanten oder irgendwelches andere Gewerbe nur zuerst umsehen, ob und wie die zur Produktion notwendigen Rohstoffe im Inlande zu verschaffen sind und ob der relativ grosse inländische Markt nicht dadurch geschaffen worden ist, dass viele, sehr viele Arbeiter für die Ausfuhr arbeiten. Wer aber ausführen will, muss auch den andern einführen lassen. Anders geht es eben nicht.

Trotz der allgemeinen guten Beschäftigung fühlt jeder, dass es sich bloss um eine «*Gelegenheitskonjunktur*» handelt, dass man sich an die durch den Krieg geschaffene neue Situation angepasst und sie nach Kräften ausgenutzt hat. Was kommen wird, ist unsicher, unbekannt. Deshalb lebt die Industrie gewissermassen von der Hand in den Mund, neue Unternehmungen werden wenig gegründet. Da die Ansprüche des Staates an den Geldmarkt in der Schweiz relativ geringer sind als anderwärts, so weist die Schweiz die niedrigsten Diskontsätze auf. Das bedeutet, dass in der Schweiz eine relative Geldflüssigkeit herrscht, nicht für dauernde Anleihen, die auch in der Schweiz mit 5 % verzinst werden müssen, doch aber für kurzfristige Anleihen. Der Geldkapitalist weiss sehr wohl, dass die Nachfrage nach Kapital immer steigen muss; nur momentan ist dafür eine beschränkte Nachfrage vorhanden, so gibt er sein Geld für kurze Zeit auch für 3 bis 4 % her.

Da die Unternehmer gute Geschäfte machen, während der Reallohn gesunken ist, so geht heute die Kapitalakkumulation rasch vor sich. Der Zinsfuss wäre darum noch niedriger, wenn die Unternehmer nicht in dem Rückkauf schweizerischer Papiere aus dem Auslande und in der letzten Zeit auch in *Kriegsanleihen* ein gutes Geschäft gefunden hätten. Da der Kurs des Geldes der kriegführenden Staaten gesunken ist, so ist der Ankauf von Wertpapieren aus diesen Staaten sehr vorteilhaft für die schweizerischen Unternehmer. Was werden sie aber mit diesen Papieren anfangen, wenn es gelten wird, die Produktionsmittel zu erneuern, neue Fabriken usw. zu gründen? Der Geldkapitalist mag sich mit der ihm dargebotenen hohen Rente zufriedengeben, die industrielle Entwicklung des Landes wird aber darunter sicherlich leiden.

Beachtenswert ist es, dass auch die Geldkapitalisten selbst diese Gefahren ahnen. Denn sie kaufen zwar gerne festverzinsliche Papiere, keineswegs aber Aktien, eben weil man die Chancen der industriellen Hochkonjunktur nicht hoch einschätzt. Es wäre gut, wenn der Bundesrat sich mit der Frage des Kapitalabflusses nach



dem Auslande einmal näher beschäftigte und sich die Gefahren, die damit verbunden sind, gegenwärtigte....  
Spectator.



## Das Problem des Arbeitermangels in der Schweiz.

### I.

Zu den wichtigsten Problemen der schweizerischen Volkswirtschaft, die durch den Weltkrieg scharf in den Vordergrund geschoben wurden, gehört die Frage der *Beschaffung der genügenden Anzahl von Arbeitskräften*.

Auch vor dem Kriege bestand dieses Problem, das in der sogenannten *Ausländerfrage* zum Vorschein kam. Man packte es aber von falscher Seite an, vom Standpunkte der politischen *raison d'être*, statt in ihm eine Form der wirtschaftlichen Selbsthilfe zu sehen. Man sah nur die Ueberfremdung der Schweiz, die «Fremdeninvasion», nicht aber den Arbeitermangel, der eben in dieser Fremdeninvasion einen Ausweg aus der Sackgasse suchte.

Dieses Problem wurde nun durch den Weltkrieg in seiner ganzen Schärfe gestellt, aber nicht als Ueberfremdung, sondern als tatsächlicher Mangel an Arbeitskräften. Durch die Mobilisierung der Armeen des ganzen Europa hat man eben zu fühlen bekommen, dass die *Ausländerfrage* in der Schweiz eine andere, wichtigste Frage verdeckt hat. Nicht nur durch die Auswanderung der Schweizer Arbeiter ist ein tatsächlicher Mangel an Arbeitskräften greifbar geworden, sondern durch den Wegzug ausländischer Arbeiter.

Nach dem Kriege wird dieser Mangel kaum weniger fühlbar sein, wenn auch damit nicht gesagt sein soll, dass die Ursachen, die zur Auswanderung der fremden Arbeiter aus ihrer Heimat führten — sich durch den Krieg sofort ändern werden. Aber der Verlust von Millionen Arbeitern im Kriege wird zum Arbeitermangel in jedem kriegführenden Land führen und dadurch die Auswanderung aufhalten. Dies ist für die schweizerische Volkswirtschaft keine rosige Perspektive!

Ist aber die Schweiz auf die ausländischen Arbeitskräfte angewiesen? Kann die schweizerische Volkswirtschaft *aus eigener Quelle* die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht selbst decken? Um auf diese Frage zu antworten, muss man auf die Ursachen des Mangels der einheimischen Arbeitskräfte näher eingehen. Diese scheinen nicht allen klar zu sein. Die bürgerliche Presse und Wissenschaft schieben die Verantwortung dafür der einheimischen Arbeiterbevölkerung zu.

Die «*Neue Zürcher Zeitung*» hat z. B. in einem Artikel: «Kann sich die Schweiz vom Auslande wirtschaftlich unabhängig machen?»<sup>1</sup> den Grund dieser Erscheinung in der *stetig wachsenden Abneigung der schweizerischen Bevölkerung gegen die rauhe, wenn auch gut bezahlte (!) Handarbeit* und in ihrer Ueberschätzung der festbesoldeten öffentlichen Beamtenstellen ... gefunden!

Nun ist es fraglich, ob es besser wäre, von ihrem Standpunkt aus, die ausländischen Arbeitskräfte in den «festbesoldeten öffentlichen Beamtenstellen» beschäftigen zu lassen, um die einheimische Bevölkerung in den Fabriken zu behalten. Auf alle Fälle wird dadurch der Mangel an Arbeitskräften nicht gehoben, er besteht ja weiter. Auch in ihrer weiteren Analyse dieser Erscheinung ist die bürgerliche Presse nicht glücklicher. «Schuld an dieser verhängnisvollen Erscheinung» schreibt weiter dieses Kapitalistenblatt «trägt zum guten Teil die durchwegs bei uns herrschende *Ueberschätzung des Schulwissens* statt des praktischen Könnens....

«... Daher der leider vom Staate durch die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und oft noch der Lehrmittel *geförderte ungesunde Zudrang zu den Mittelschulen*, der zur Folge hat, dass sich für den unbedeutendsten Schreiberposten Dutzende von Bewerbern melden, während ganze Gewerbe trotz guten Lohnverhältnissen dauernd an Arbeitermangel leiden....

«Die jungen Leute, denen man in den staatsbürgerlichen Kursen sämtliche Rechte des Referendumsbürgers eingepaukt und alle Finessen der Praxis des Bundesgerichts in gewerbepolizeilichen und Doppelbesteuerungsprozessen beigebracht hat, werden sich nachher dafür bedanken, mit dem Metzgermesser oder mit der Maurerkelle ihr Brot zu verdienen...»

Weder «Ueberschätzung des Schulwissens», noch der «ungesunde Zudrang zu den Mittelschulen», noch die Kenntnisse des Verwaltungsrechtes, sind als Ursachen des Arbeitermangels in der Schweiz zu akzeptieren.

Wenn sie aber diese Aufgabe nicht lösen — so zeigen sie, wie das Bürgertum dieses wirtschaftliche Problem zu «lösen» gedenkt. Zurück zur Barbarei, das ist ihre Parole. Sie wird dabei durch die bürgerliche Wissenschaft unterstützt. Ausgerechnet ein Professor der Handelswissenschaft an der Genfer Universität, früher Professor in St. Gallen, Dr. Töndury, hat in seiner Broschüre: «Wirtschaftliche Unabhängigkeit»<sup>2</sup> auch diesen Weg gegen die Volksschule betreten und damit versucht, das Problem zu lösen: «Die Handarbeit ist in unserem Lande in Misskredit gekommen und mit der Abkehr von der körper-

<sup>1</sup> Am 18. August 1915.

<sup>2</sup> Verlag Rascher & Cie., Zürich 1915.